

Presse

AG Tourismus

Pauschale Reisewarnung fällt - Gutes Signal für die Reisebranche

Gabriele Hiller-Ohm, tourismuspolitische Sprecherin:

Ab dem 1. Oktober soll es keine pauschale Reisewarnungen geben, sondern wieder differenzierte Reisewarnungen und individuelle Reise- und Sicherheitshinweise für Staaten geben. Das könnte weltweit über hundert Länder betreffen. Darauf hat sich die Bundesregierung verständigt. Dies ist ein gutes Signal für die durch Corona schwer belastete Reisebranche und genauso auch für Länder, die wirtschaftlich vom Tourismus abhängig sind.

„Dass wir zu individuellen Reise- und Sicherheitshinweisen für jeden Staat zurückkehren, ist ein gutes Signal für die stark von der Pandemie betroffene Reisebranche. Insbesondere die vielen kleinen und mittelständischen Reiseunternehmen haben seit März fast nur noch Urlaube storniert und kaum Neubuchungen erhalten. Viele der Reisebüros und -veranstalter stehen deswegen kurz vor der Insolvenz. Staatliche Unterstützung wie Überbrückungshilfen und Kurzarbeitergeld federn derzeit die größten Probleme ab. Mittelfristig braucht die Branche aber wieder eine Perspektive, dass Reisen auch ins Ausland stattfinden können. Differenzierte Reisewarnungen und individuelle Reisehinweise tragen dazu bei, zu einem Stück Normalität zurückzukehren.“

Seit dem 17. März gilt Pandemie-bedingt eine pauschale weltweite Reisewarnung für mehr als 160 Länder. Viele dieser Länder unterscheiden sich jedoch in der Infektionsrate, dem Zustand ihres Gesundheitssystems oder auch der Testkapazität erheblich. Viele Länder, besonders auch solche, die stark vom Tourismus abhängig sind, unternehmen bereits große Anstrengungen, um Schutzmaßnahmen durchzusetzen. Mit den differenzierten Reisewarnungen und den allgemeinen Reisehinweisen leisten wir auch einen Beitrag damit die vielen

Impressum

Herausgeber Carsten Schneider, MdB | **Redaktion** Albrecht von Wangenheim

Telefon (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18

E-Mail Presse@spdfraktion.de

SPD **Fraktion im Bundestag**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, wieder Ihre Arbeit aufnehmen können und somit die Existenzen ihrer Familien sichern können.

Wichtig ist für die SPD-Bundestagsfraktion, dass der Gesundheitsschutz nach wie vor oberste Priorität hat. Deshalb muss die Pandemielage weiterhin genau beobachtet werden. Bei einem signifikanten Anstieg der Infektionszahlen von über 50 Fällen pro 100.000 Einwohnern müssen weiterhin Schutzmaßnahmen ergriffen und Warnungen ausgesprochen werden. So wird die Sicherheit Aller gewahrt.“